

Bericht über das Treffen mit Ulrich Lamberz, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Lothar Bisky, MdEP Die Linke

Im Rahmen der Aktion „Go M.A.D. - Go and meet a Deputy“ trafen wir uns mit Ulrich Lamberz, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Lothar Bisky (MdEP Die Linke). Herr Bisky war krankheitsbedingt verhindert. Ulrich Lamberz empfing uns in den Räumen des Deutschen Bundestags. Die MdEP's von CDU, SPD und FDP haben uns für ein Gespräch abgesagt.

Einleitend wurde - teils von Herrn Lamberz selbst - festgestellt, worum es geht:

Am 12./ 13. März 2013 stimmen die Mitglieder des Europäischen Parlamentes über die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die nächsten sieben Jahre ab. Ein Finanzvolumen von rund 373,5 (von insgesamt 960 Milliarden Euro des EU-Haushaltes - das entspricht 39 %) sollen in den kommenden Jahren in die Landwirtschaft fließen. Das entspricht 100 Euro pro EU-Kopf/ pro Jahr. An der GAP-Reform wird seit langem gearbeitet, nun geht es in die Schlussrunde. Doch der nun zur Abstimmung stehende Vorschlag des Agrar-Ausschusses sowie das darin verankerte „Greening“ wurde von der Agrarlobby und Bauernverbänden verwässert und geht uns nicht weit genug.

Wir fordern diese öffentlichen Mittel für eine nachhaltige, ökologische und gerechte Agrarpolitik einzusetzen und der Agrarindustrie durch unsere gewählten VolksvertreterInnen eine Absage zu erteilen!

Laut Ulrich Lamberz ist der Partei Die Linke die Relevanz der Thematik sehr deutlich bewusst. Auf Bundes- und Länderebene ist Die Linke mit entsprechenden Programmen für einen ökologischen und sozialen Wandel der Landwirtschaft präsent. Aktuell jedoch gibt es unter den acht Abgeordneten aus Deutschland in der EU-Fraktion keine AgrarexpertIn.

Uns ging es einerseits um eine bäuerliche und in der Region Brandenburg-Berlin verankerte Landwirtschaft. Wir wollen die ländlichen Räume lebenswert gestalten, junge Menschen auf den Dörfern halten und Neueinsteigern in der Landwirtschaft Chancen bieten. Wir wollen eine ökologisch-nachhaltige Wirtschaftsweise und faire Arbeitsplätze für eine regionale Wertschöpfung. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind lebendige Dorfstrukturen unbedingt zu fördern.

Eine bäuerliche Agrarstruktur ist unsere Antwort auf die Gewährleistung von Lebensmittelsouveränität!

Von Ulrich Lamberz kam Zustimmung in allen Punkten. Junglandwirte müssten eine faire Chance bekommen, so dass sie in ihren Heimatdörfern bleiben können, eine Wirtschaftsgrundlage (Flächen) haben und nicht abwandern. Die Stärkung der ländlichen Räume mit gutem Arbeitsplatzangebot muss weiter forciert werden. Das Ansehen der Arbeit von Landwirten sollte wesentlich positiver sein, denn vielen Menschen (insbesondere städtische Bevölkerung) sei „Landwirtschaft“ nicht wichtig genug, woraus eine Entfremdung von Lebensmitteln und deren Herstellung folgt.

Wir forcierten andererseits die soziale Frage, welche neben den ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten der Agrarpolitik, eine ebenso wichtige Rolle spielt. Der Vorschlag des EU-Agrarausschusses fördert unserer Meinung nach eine unsoziale, ungerechte und kapitalbasierte Agrarstruktur, deren Folge Lohnsenkungen bei ArbeitnehmerInnen, Preisdruck bei ErzeugerInnen sowie Machtkonzentration innerhalb der Wertschöpfungskette sind. Auch Landgrabbing und Vertreibung in Deutschland, Europa und im globalen Süden sind eine Folge dieser Politik.

Soziale Gerechtigkeit dagegen heißt:

- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- faire ErzeugerInnenpreise
- gesunde und leistbare Ernährung für alle! Gutes Essen darf kein Luxus sein!

Die Agrarsubventionen sollen auch an soziale Kriterien gebunden werden wie z.B. die nachhaltige Förderung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Auch hier waren wir uns mit Ulrich Lamberz weitgehend einig. Er fügte hinzu, dass noch zu privatisierende Flächen in Gemeinschaftseigentum bleiben sollten und z.B. Junglandwirten zur Verfügung gestellt werden. Er betonte die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Verbesserung auf ALLEN Ebenen (Erzeuger, Verarbeiter, Konsumenten), um Preisdumping, schlechten Arbeitsbedingungen etc. entgegenzuwirken. JedeR solle die Möglichkeit haben, gute Lebensmittel zu konsumieren, gutes Essen darf keine Frage des Geldes sein.

Auch über die fragliche Krisenfestigkeit des (industriellen) Agrarsystems wurde gesprochen.

Neben einem Handout über unsere Forderungen, gaben wir Herrn Lamberz diverse Infomaterialien, z.B. über die Kampagne „Stopp-Landgrabbing in Ostdeutschland“ mit. Abschließend überreichten wir ihm die „Good Food – Good Farming“- Zeitung.

Insgesamt gab es Übereinstimmung in vielen Punkten.

Wir konnten unsere Anliegen gut anbringen, und hoffen, dass Herr Bisky seine Stimme im Namen der sozialen Gerechtigkeit nutzen wird, und den Änderungsanträgen in unserem Sinne zustimmen sowie agrarindustrieller Landwirtschaft durch sein Votum eine Absage erteilen wird!

